

Protokoll Gemeinderat - öffentlich - vom 27.09.2022

1) TOP Einwohnerfragen

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

2) TOP 1-035/22 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung vom 26.07.2022

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Beschluss: Die Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderats am 26. Juli 2022 wird zur Kenntnis genommen.

3) TOP 4-060/22 Parkschwimmbad Donaueschingen / Modernisierung - 2. Sachstandsbericht

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt Herrn Jörg Stern, Büro Fritz Planung GmbH.

Herr Stern erläutert anhand der Präsentation, die der Niederschrift beigelegt ist, den aktuellen Projektstand. Im Zuge der Betonrückbauarbeiten sind hohe Schnittkosten entstanden. Es ist eine Kostensteigerung von 17 % zu verzeichnen.

Bodengründung

Auf Rückfragen von Stadtrat Lienhard informiert Herr Stern, es wurde das CSV-Verfahren (Trockenmörtelsäulen) ausgeschrieben. Vom günstigsten Bieter wurde im Rahmen eines Nebenangebots das STS Verfahren (Stabilisierungssäulen) angeboten. Sowohl Geologe als auch Statiker haben bestätigt, dass das STS Verfahren ebenso geeignet ist.

Stoffpreisgleitlausel

Die Stoffpreisgleitklausel ist im Wesentlichen den höheren Energie- und Rohstoffkosten geschuldet. Die Preise für Stahl und Edelstahl sind derzeit stabil und werden durch den Orderzeitpunkt festgelegt. Hier ist ein verbindlicher Preis zu erwarten.

Stadtrat Kuttruff sieht hingegen eine dynamische Kostenentwicklung. Neben der Materialpreisentwicklung sind auch starke konjunkturelle Einbrüche zu erwarten. Er fragt nach flexiblen Ausführungszeiträumen und weitere mögliche Ersparnisse.

Herr Stern unterstützt diese Überlegungen, gibt aber zu bedenken, dass bereits günstigere Angebote eingingen, als erwartet. Die Preissteigerung liegt unterhalb des Preissteigerungsindezes. Im Herbst sei eine deutliche Steigerung zu verzeichnen. Wenn der Rohbau neu ausgeschrieben werden soll, müssten auch weitere Ausschreibungen neu gefasst werden.

Solarabsorbung

Herr Stern gibt auf Rückfrage von Stadträtin Vogelbacher bekannt, die Erweiterung des Technikgebäudes ermöglicht Solarabsorbung in größerem Umfang als bisher. Abhängig vom Sonneneintrag wird das Wasser ohne Wärmetauscher direkt durchgeleitet und ist mit geringen Unterhaltskosten verbunden.

Wasserauffangbehälter

Stadträtin Vogelbacher regt an, das Wasser der Durchschreitebecken für die Pflanzenbewässerung aufzufangen. Zudem regt sie an, das Wasser aus den Rückspülungen ebenfalls einem weiteren Zweck zuzuführen. Herr Stern teilt mit, bei den Durchschreitebecken sind keine Auffangmöglichkeiten geplant. In Abhängigkeit des Wasseruntersuchungsergebnisses werden Rückspülungen durchgeführt. Hier müssen gesetzliche Vorgaben zur Wasserqualität erfüllt werden. Das Wasser aus den Rückspülungen wird der Kanalisation zugeführt.

Stadträtin Riedmaier fügt hinzu, es sollte ein Einbau von Auffangbehältern bedacht werden.

Oberbürgermeister Pauly nimmt die Anregung auf.

Beschluss:

1. Der 2. Sachstandsbericht zur Modernisierung des Parkschwimmbads wird zur Kenntnis genommen.
2. Im Haushaltsplan wird der Mittelansatz zur Modernisierung des Parkschwimmbads für das Jahr 2023 um 850.000,00 € netto auf 1.650.000,00 € netto erhöht.

(28 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

4) TOP 4-055/22 Parkschwimmbad Donaueschingen / Modernisierung - Vergabe Rohbauarbeiten

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Beschluss:

Firma Leonard Störk GmbH, Emmingen-Liptingen, wird mit den Rohbauarbeiten für die Sanierung des Parkschwimmbads Donaueschingen zum Angebotspreis von 1.235.860,70 € (brutto) beauftragt.

(28 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

5) TOP 4-056/22 Parkschwimmbad Donaueschingen / Modernisierung - Vergabe Badewassertechnik und MSR

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Beschluss:

Firma Wassertechnik Wertheim GmbH & Co KG, Wertheim, wird mit der Lieferung und Montage der Badewassertechnik mit MSR für das Parkschwimmbad Donaueschingen zum Angebotspreis von 2.056.813,76 € (brutto) beauftragt.

(28 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

6) TOP 4-057/22 Parkschwimmbad Donaueschingen / Modernisierung - Vergabe Elektroinstallationsarbeiten

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf

Beschluss:

Firma Elektro Vater GmbH, Hüfingen, wird mit den Elektroinstallationsarbeiten für das Parkschwimmbad Donaueschingen zum Angebotspreis von 238.939,06 € (brutto) beauftragt.

(28 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

7) TOP 4-058/22 Parkschwimmbad Donaueschingen / Modernisierung - Vergabe Heizung, Lüftung, Sanitär (HLS)

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Beschluss:

Firma Ing. G. Werr & Ludwig GmbH, Hüfingen, wird mit den Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärinstallationsarbeiten für das Parkschwimmbad Donaueschingen zum Angebotspreis von 250.469,44 € (brutto) beauftragt.

(28 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

8) TOP 4-059/22 Parkschwimmbad Donaueschingen / Modernisierung - Vergabe Edelstahlbeckenauskleidung

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Beschluss:

Unter Beachtung der Stoffpreisgleitklausel wird Firma hsb germany gmbH, Berlin, mit der Lieferung und Montage der Edelstahlbeckenauskleidung für das Parkschwimmbad Donaueschingen zum Angebotspreis von 1.746.827,77 € (brutto) beauftragt.

(28 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

9) TOP 4-061/22 Realschule / Neubau - 4. Sachstandsbericht und Baupreisentwicklung Ausschreibungen

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Amtsleiter Unkel führt in die Sitzungsvorlage ein. Aktuell befindet man sich inmitten des Projekts, das bereits hohe Planungskosten verursacht hat. Er dankt allen Verantwortlichen für den guten Austausch, insbesondere mit der Schulleitung Frau Katja Fox und Herrn Stefan Zeitfelder. Er begrüßt die per Webex zugeschaltete Architektin Frau Susanne Waitz, a l s h sander.hofrichter architekten GmbH und Herrn Dirk Anhorn, Atrium Projektmanagement (persönlich anwesend).

Frau Waitz erläutert Planungsänderungen anhand der Präsentation, die der Niederschrift beigefügt ist. Mit Visualisierungen zeigt sie die Gesamtansicht der Planung, sowie veränderte Ansicht der Sporthalle Süd mit großflächig geöffneter Fassade und Begrünung der Westfassade und den Stützmauern.

Herr Anhorn ergänzt, die Darstellung entspricht dem Wettbewerbsentwurf. Pflanzen sollen Graffitis verhindern und zur Verbesserung des Mikroklimas beitragen. Er legt den Sachstandsbericht und die Baupreisentwicklung anhand einer Präsentation dar. Diese ist der Niederschrift beigefügt.

Baupreissteigerung und spätere Ausschreibung

Herr Anhorn macht deutlich, seit dem letzten Sachstandsbericht im April 2022 ergab sich eine deutliche Baupreissteigerung. Die Änderungen der Südfassade und die Begrünung ergeben in Summe etwa 300.000,- € Mehrkosten. Die Bewässerung ist hier inkludiert. Mittels Präsentation, die der Niederschrift beigefügt ist, gibt er Auskunft zur Kostenentwicklung aufgrund Planungsfortschreibung und verdeutlicht die Baupreisentwicklung mit einem Ausblick auf Jahresende 2022.

Fraktionssprecher Greiner widerspricht der Prognose. Er sieht Steigerungen in den Einkaufspreisen und der Überhitzung des Marktes. Fraktionsintern erwarte man einen Rückgang der Bautätigkeit wegen schlechterer Kreditkonditionen und genereller Zurückhaltung bei den Auftragnehmern. Vorschlag der CDU-Fraktion ist es, die Ausschreibung und Submission ein Vierteljahr später zu terminieren.

Fraktionssprecher Blaurock unterstützt die möglichst späte Ausschreibung.

Stadträtin Riedmaier widerspricht im Namen der GUB-Fraktion einer späteren Ausschreibung. Die Projekt- und Bauphasen wurden sinnvoll geplant.

Fraktionssprecher Reinbolz erachtet eine Ausschreibung in drei Monaten als wenig sinnvoll.

Oberbürgermeister Pauly fügt hinzu, eine Umkehr des Preisindex ist nicht vorhersehbar ist. Es ist lediglich die Tendenz vernehmbar.

Fassadenöffnung Sporthalle

Fraktionssprecher Greiner beantragt im Namen der CDU-Fraktion den Verzicht der bodentiefe Glaselemente, da ein unerwünschtes und starkes Aufheizen durch Sonneneinstrahlung befürchtet wird. Es habe bereits andernorts diese Einwände von Nutzern offen verglaster Hallen gegeben. Sonnen- und Sichtschutzmaßnahmen verursachen weitere Kosten.

Auf Rückfrage von Fraktionssprecher Blaurock bestätigt Herr Anhorn, die Beschattung ist bereits in die Planung miteinberechnet.

Stadträtin Riedmaier erklärt, die Verglasung der Südfassade sei optional in der letzten Projektbeiratsitzung erörtert worden. In erster Linie gehe es um Funktionalität und Abwägung möglicher Einsparungen.

Fraktionssprecher Reinbolz ergänzt, bodentiefe Fenster waren lediglich ein Ansatz und kein Auftrag.

Oberbürgermeister Pauly merkt an, die Glasfassade war bei der Wettbewerbsvergabe ein wichtiges Kriterium gewesen, die als Einheit mit dem Park zu sehen sei.

Amtsleiter Unkel ergänzt, in der Werkplanung war bisher immer eine Veranstaltungshalle vorgesehen. Es können jetzt Glaselemente berücksichtigt werden, die in der späteren Ausführung auch geschlossen gebaut werden können.

Herr Anhorn informiert, eine transparente Fassade ist statisch möglich und ermöglicht Veranstaltungs- und Sporthalle. Eine Überhitzung wird durch Beschattung gewährleistet. Bei einer Glasfassade können auch geschlossenen Elemente eingehängt werden. Die Fassade wird jetzt noch nicht ausgeschrieben, so dass Änderungen noch möglich sind.

Fassadenbegrünung

Fraktionssprecher Greiner wünscht eine spätere Ausschreibung der Bepflanzung und die Berücksichtigung wenig pflegeintensiver Pflanzen.

Fraktionssprecher Blaurock begrüßt zusätzliche Pflanzen und Baumpflanzungen auf dem Pausenhof.

Stadträtin Riedmaier unterstützt im Namen der GUB-Fraktion die Fassadenbegrünung.

Fraktionssprecher Reinbolz befürwortet die Begrünung und regt eine Bewässerung mit Regenwasser an.

Amtsleiter Unkel sieht eine Fassadenbegrünung als selbstverständlich und zeitgemäß.

Finanzierung

Fraktionssprecher Hall macht darauf aufmerksam, bereits nach dem Sachstandsbericht im April 2022 sei angesprochen worden, dass Zinssicherungsgeschäfte erwägt und getätigt werden sollten. Die FDP –Fraktion befürchtet eine zusätzliche jährliche Zinslast, die es zu vermeiden gilt.

Fraktionssprecher Blaurock wünscht eine Darstellung über die aktuelle Haushaltslage. Es gelte zunächst Rücklagen aufzuzehren, aber auch die Instrumente zur Zinssicherung zu nutzen. Die Grünen-Fraktion unterstützt die Fragestellung der FDP.

Amtsleiter Zoller informiert, es gilt gesetzliche Vorgaben einzuhalten. Die Finanzierung des Realschulneubaus ist die größte Ausgabeposition, die mit allen anderen Ein- und Ausgaben in Ausgleich gebracht werden muss. Leider ist bisher nicht absehbar, wann zu welchem Zeitpunkt welche Summen benötigt werden. Kommunen dürfen erst nach Ausschöpfen der Reserven Kredite aufnehmen. Forward-Darlehen sind auf kommunaler Ebene nicht gestattet. Es wurden bereits verschiedene Möglichkeiten geprüft.

Zur aktuellen Haushaltslage erläutert Herr Zoller, das laufende Haushaltsjahr werden voraussichtlich um rund 3 Mio. Euro besser abschließen. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 weist im Ergebnishaushalt derzeit ein Defizit von -2,6 Mio. Euro aus.

Stadtrat Kuttruff kündigt einen Antrag seitens der FDP Fraktion an.

Oberbürgermeister Pauly befürwortet die konstruktive Diskussion. Unterstützung bei Finanzierungsvorschlägen ist jederzeit willkommen.

Projektbeirat

Oberbürgermeister Pauly verweist auf die Detailplanungen im Projektbeirat und dem bereits intensiven Abwägen verschiedenster Argumente. Er betont, alle Beteiligten im Gremium wünschen ein bestmögliches Ergebnis.

Amtsleiter Unkel erinnert an vergangene Sitzungen des Projektbeirats, in denen bereits Entlüftungsanlage, Beschattung und die Planung einer Glasfassade besprochen wurden.

Abstimmung

Amtsleiter Unkel bietet an, die Ausschreibungen um anderthalb bis zwei Monate zu schieben und so mehr Flexibilität zu gewinnen. In der Gesamtkalkulation verursacht das keine großen Veränderungen. Er befürwortet eine Ausschreibung zum Ende des Jahres.

Herr Anhorn betont, im Winter ist erfahrungsgemäß die beste Ausschreibungszeit. Firmen haben so längere und verlässlicheren Kalkulationsspielraum. Er schlägt vor, den Ausschreibungszeitpunkt zu belassen und dafür den Submissionstermin nach hinten zu schieben und somit die Angebotsabgabefrist zu verlängern. Die Firmen haben somit mehr Zeit die Angebote zu kalkulieren und Preisentwicklung zu beobachten.

Stadtrat Lienhard bittet, die Submissionstermine zu verlängern.

Fraktionssprecher Blaurock stimmt dem Kompromiss zu.

Stadträtin Riedmaier befürwortet die von den Projektplanern vorgegebenen Termine.

Fraktionssprecher Blaurock betont, die Südfassade soll so geplant werden, dass offene und geschlossene Variante möglich sind.

Beschluss:

1. Der 4. Sachstandsbericht zum Neubau der Realschule und die Ausführungen zu den zu erwartenden Baupreisentwicklungen bei den Ausschreibungen werden zur Kenntnis genommen.
2. Im Haushaltsplan wird der Mittelansatz für den Neubau der Realschule mit Dreifeldsporthalle für die Jahre 2023 bis 2026 um 13.500.000,00 € auf 55.900.000,00 € brutto erhöht.

(29 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

10) TOP 5-021/22 Bebauungsplan "Quartier am Schlosspark" - Städtebaulicher Vertrag

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt und führt in die Sitzungsvorlage ein. Er begrüßt Herrn Helmut Hornstein, Planungsbüro Hornstein, der per Webex zugeschaltet ist, und Herrn Thomas Asal, Energiedienst.

Es ergehen keine Wortmeldungen aus dem Gremium.

Beschluss:

Dem städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan „Quartier am Schlosspark“ wird zugestimmt.

(29 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

11) TOP 4-064/22 Bebauungsplan "Quartier am Schlosspark" - Satzungsbeschluss

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Herr Helmut Hornstein, Planungsbüro Hornstein, veranschaulicht den Bebauungsplan mittels Präsentation, die der Niederschrift beigelegt ist.

Auf die Rückfragen aus dem Gremium gibt Herr Thomas Asal, Energiedienst folgende Auskünfte:

Die Ladesäulen und das Bestandsfahrzeugangebot am Standort bleiben erhalten. Es wird bereits eine Erweiterung überdacht. Die bisherige Trafostation ist im Schalthaus untergebracht. Wegen des Rückbaus ist hier ein Neubau notwendig. Schallemissionen sind nicht zu erwarten.

Fraktionssprecher Blaurock merkt an, in der geotechnischen Stellungnahme sei die Schwarzdeckenentfernung und Bodenräumung thematisiert. Er sieht durchaus einen möglichen Stoffaustausch bei höherem Grundwasserstand. Es gelte auch die Situation der Tiefgarage bei einer Hochwassersituation zu bedenken.

Beschluss:

1. Den Abwägungsvorschlägen / Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der förmlichen Auslegung (Offenlage) zur Beteiligung von Öffentlichkeit (gem. § 3 Abs. 2 BauGB) sowie Behörden und Träger öffentlicher Belange (gem. § 4 Abs. 2 BauGB) eingegangenen Stellungnahmen wird zugestimmt.
2. Der Planentwurf wird gebilligt.
3. Der Bebauungsplan „Quartier am Schlosspark“ und die Örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Quartier am Schlosspark“ werden gemäß § 10 Abs. 1 BauGB jeweils als Satzung beschlossen.
(29 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

12) TOP 4-065/22 Bebauungsplan "Bühlstraße, 3. vereinfachte Änderung" - Satzungsbeschluss

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt und führt in die Sitzungsvorlage ein.

Herr Helmut Hornstein, Planungsbüro Hornstein ist per Webex zugeschaltet. Er erläutert, in einer privaten Stellungnahme werden Bedenken zur Errichtung von überdimensionierten Nebengebäuden geäußert. Eine Staffelung wird durch die sehr unterschiedlichen Grundstücksgrößen unübersichtlich, daher wird am bisherigen Entwurf festgehalten. Mit Verweis auf die Baunutzungsordnung und der dort gefassten Regelung ist der privaten Stellungnahme Rechnung getragen.

Fraktionssprecher Blaurock kann die Abwägung seitens der Verwaltung nicht nachvollziehen. Er sieht das Ausmaß an möglichen Nebenanlagen ebenfalls als zu groß.

Beschlussvorschlag:

1. Den Abwägungsvorschlägen/Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der förmlichen Auslegung (Offenlage) zur Beteiligung von Öffentlichkeit (gem. § 3 Abs. 2 BauGB) sowie Behörden und Träger öffentlicher Belange (gem. § 4 Abs. 2 BauGB) eingegangenen Stellungnahmen wird zugestimmt.
2. Der Planentwurf wird gebilligt.

3. Der Bebauungsplan „Bühlstraße, 3. vereinfachte Änderung“ und die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Bühlstraße, 3. vereinfachte Änderung“ werden gemäß § 10 Abs. 1 BauGB jeweils als Satzung beschlossen.

(27 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen)

13) TOP 4-062/22 Flächennutzungsplan 2035 / Gesamtfortschreibung - Beschluss über die Entwicklungsflächen Wohnen und Gewerbe (Kernstadt und Ortsteile) für den Vorentwurf des Flächennutzungsplans 2035

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt und begrüßt die Gäste Herrn Andreas Gorgol und Herrn Axel Philipp, Büro Gförer Ingenieure.

Bürgermeister Graf führt in die Sitzungsvorlage ein. Die Ortschaftsräte haben bereits vorberaten. Die Belange der Kernstadt werden vom Gemeinderat entschieden. Die Sitzungsvorlage gibt einen ersten Eindruck. Eine weitere Beratung kann in einer nachfolgenden Sitzung erfolgen. Die Abstimmung ist erst nach Vorstellung in allen beteiligten Kommunen erforderlich. Daher ist heute keine endgültige Entscheidung gefordert.

Die Sitzung wird von 20:39 bis 20:48 Uhr unterbrochen.

Herr Gorgol und Herr Philipp erläutern den Vorentwurf des Flächennutzungsplans 2035 anhand einer Präsentation, die der Niederschrift beigelegt ist.

Fraktionssprecher Greiner begrüßt die neu entwickelbaren Gewerbeflächen und neue Bereiche. Ihm ist es ein Anliegen, bei bisher noch nicht berücksichtigte Flächen und nur bedingt nutzbare Flächen abzuwarten, ob im Zuge von Grundstückskäufen Erfolge erzielt werden können. Die CDU-Fraktion wünscht, die angedachten Gebiete weiter zu beraten.

Fraktionssprecher Hall bittet um weiterführende Beratungen. Heute soll keine Entscheidung gefällt werden, sondern fokussiert auf die Anmerkungen der Fraktionen eingegangen werden und erst dann zur Abstimmung in das Gremium gebracht werden.

Fraktionssprecher Blaurock ist mit der Vorgabe und Vorplanung nicht einverstanden. Die Empfehlung der Landesregierung, den Verbrauch von Flächen generell zu minimieren, sei mit Verweis auf §1 Baugesetzbuch zu beachten. Eine Hochrechnung der Einwohnerzahlen ist für ihn nicht nachvollziehbar. Gleiches gelte für den Bedarf. Seiner Meinung gehören Baulückenschluss berücksichtigt und Ortskernsanierung forciert. Aus der Planung gehe nicht hervor, ob der Wohnungsbau der vergangenen fünf Jahre und Bauprojekte der nächsten zwei Jahre berücksichtigt wurden. Zu dem fehlen Angaben zur Mindestwohndichte und eine Rückschau, was bisher geplant, nachgefragt und auch verkauft wurde. In den Teilorten seien bereits Neubaugebiete erschlossen, die einen zusätzlichen Bedarf nicht begründen. Gewerbeflächen, die bereits an Interessenten versprochen, aber noch nicht verkauft worden sind, gelte es ebenfalls in vollem Umfang einzubeziehen.

Die Grünen-Fraktion ist mit einem Interkommunalen Gewerbegebiet nicht einverstanden. Völlige Unverständnis herrsche bei der Fläche Brühl/Rohren, die aus Fraktionsicht nur schwer bebaubar sei. Es fehle beim Vorentwurf des Flächennutzungsplans zudem die Beteiligung des Umweltbüros. Daher wird der Vorschlag der FDP zur weiteren Beratung und späterer Abstimmung unterstützt.

Fraktionssprecher Milbradt dankt für die Vorstellung neuer Entwicklungsflächen, wünscht aber zusätzliche Gutachten. Die GUB-Fraktion sieht weiteren Diskussionsbedarf und empfiehlt eine spätere Abstimmung.

Fraktionssprecher Reinbolz geht von einer Beteiligung der Ortschaftsräte aus, hegt aber große Bedenken zu einem Interkommunalen Gewerbegebiet. Des Weiteren bezweifelt er die tatsächliche Bebaubarkeit des Gebiets Rohren, das bei viel Niederschlag lange feucht steht und von Störchen besiedelt wird. Ihn interessiert die Stellungnahme des Umweltbüros.

Bürgermeister Graf erklärt, es handelt sich bei dem Entwurf um Vorschläge. Es können nicht alle vier ausgewiesenen Gebiete ins Verfahren gehen, aber es gebe Bedarf. Ein Beschluss über alle Gebiete sei nicht leistbar. Daher gelte es, sich auf eine Fläche zu fokussieren. Das ausgewiesene Gebiet Brühl/Rohren wird von ihm unterstützt. Es wurden im Technischen Ausschuss im Jahr 2017 drei Flächen präferiert. Hier war das Gebiet Ziegelhof im Fokus. Brühl/Rohren wurde bis dahin gar nicht berücksichtigt. Eine Vorprüfung ergab geringste Einschränkungen.

Herr Gorgol ergänzt, es wurden für die Ermittlung der Gebiete vorgeschriebene Berechnungsgrundlagen verwendet. Die Summe aller Aspekte gibt fiktive Vorgaben und einen errechenbaren Bedarf. Das Konversionsareal wurde nicht berücksichtigt. Eine verbindliche Vorgabe bei der Berechnung der Baulücken gibt es nicht.

Herr Philipp fügt hinzu, aus den Beratungen in Heidenhofen und anderen Ortschaften ergab sich weiterer Bedarf an Wohnbauflächen. Entscheidend ist die Verteilung auf die gesamte Stadt.

Das Gewerbegebiet Breiten Strangen wurde bereits berücksichtigt.

Im Bereich Brühl/Rohren ist der Baugrund noch nicht berücksichtigt. Siedlungsstrukturell und topographisch bietet es sich zur Entwicklung an. In einem Gutachten lässt sich klären, ob eine Bebauung möglich ist.

Oberbürgermeister Pauly gibt zu verstehen, dass Baugebiete und Gewerbeerstellung nicht von allen gewünscht wird, es sich hier aber um einen Flächennutzungsplan bis zum Jahr 2035 handelt. Die Ausweisung bedeutet keine Verpflichtung, sondern eine Möglichkeit. Innenverdichtung ist generell zu verfolgen, aber es gelte auch, Potentiale offen zu halten. Dies Entwicklung zeige sich nicht zuletzt in den vorangegangenen Bebauungsplänen.

Es gelte, sich auf ein Gewerbegebiet zu konzentrieren und mögliche Flächen zu nutzen. Daher sind weitere Anregungen gewünscht und eine Diskussion notwendig. Er empfiehlt weitere Beratungen. Das Gremium hat keine Einwände.

Weitere Fragen aus dem Gremium werden von der Verwaltung an das Ingenieurbüro weitergeleitet.

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat nimmt die in den Anlagen dargestellten bisherigen Ergebnisse der Gesamtfortschreibung des FNP 2035 zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat beschließt die Aufnahme der darin vorgeschlagenen Flächenausweisungen im Bereich Wohnen und Gewerbe in den Vorentwurf des FNP 2035.

Die Beschlussfassung wurde vertagt.

14) TOP 3-007/22 Erlass einer Katzenschutzverordnung für die Stadt Donaueschingen

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt und begrüßt die Gäste Frau Dr. Schwarzmaier, Leiterin des Amtes für Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, und Frau Vögel, Leiterin des Kreistierheims.

Frau Vögel erläutert die Notwendigkeit einer Katzenschutzverordnung anhand einer Präsentation, die der Niederschrift beigelegt ist.

Stadtrat R. Erndle kann die Fakten und vorgebrachten Zahlen nachvollziehen, dennoch sieht er es als einen Eingriff in die Natur, mit einer Katzenschutzverordnung zu reglementieren.

Auf Anmerkung von Stadtrat Dr. Klotzbücher, führt Frau Schwarzmaier an, eine Kastration mindere das Fortpflanzungsbedürfnis der Katzen, wohingegen eine Sterilisation lediglich die Fruchtbarkeit nimmt. Die Verordnung ist an juristische Vorgaben gebunden.

Oberbürgermeister Pauly liest ein Schreiben des Deutschen Tierschutzbundes vor, der das Vorgehen der Stadt Donaueschingen unterstützt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die als Anlage 1 beigelegte Katzenschutzverordnung.

(28 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen)

15) TOP 3-009/22 Neubau Gerätehaus Pfohren - Nutzungsmöglichkeiten für die gesamte Feuerwehr

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt und begrüßt Herrn Wimmer, Feuerwehrkommandant.

Fraktionssprecher Greiner sieht die Notwendigkeit des Beschlusses. Für ihn ist die Sitzungsvorlage ausreichend für weitere Entscheidungen in Pfohren.

Fraktionssprecher Milbradt fehlen weitere Erläuterungen zur Nutzung der Übungsfläche und möglichen Kooperationen mit andern Wehren. Er bittet zu beachten und im Vorfeld zu klären, ob Räume insbesondere der Saal des Deutschen Roten Kreuzes mitgenutzt werden kann.

Kommandant Wimmer erklärt, Übungen auf Kreisebene werden berücksichtigt, doch hat die Stadt Donaueschingen bereits sieben Abteilungen und eine Löschgruppe, die sich jeden Montag zur Übung treffen. Nachbesprechungen und weitere Nutzung ist an anderen Tagen vorgesehen. In eigener Regie ist eine Auslastung von 80% absehbar.

Amtsleiter Dereck ergänzt, ein Feuerwehrbedarfsplan ist in Baden-Württemberg nicht zwingend vorgegeben. Dieser wurde in eigener Zuständigkeit erstellt, um Leistungsfähigkeit, Fahrzeuge und Einrichtungen festzuhalten. Dieses geschieht im 5-Jahres-Turnus.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.
2. Die Planungen für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Pfohren sollen auf Basis des im Technischen Ausschuss am 13. Juli 2021 vorgestellten Konzeptes fortgesetzt werden
3. Entsprechende Mittel für die Realisierung der Maßnahme werden im Haushaltsentwurf für die Jahre 2023 und 2024 eingestellt. Über diese entscheidet der Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsberatungen.

(28 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)

16) TOP 9-025/22 Breslauer Straße 1. und 2. BA / Donaueschingen - überplanmäßige Ausgabe

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt und führt in die Sitzungsvorlage ein. Nach dem Hinweis auf einen Rechenfehler in der Sitzungsvorlage sind keine Erläuterungen gewünscht.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den 1. und 2. BA der Maßnahme Breslauer Straße noch 2022 gemeinsam auszuschreiben und zu vergeben.
2. Der Finanzierung für den städtischen Haushalt und dem Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Wasserwerk wird zugestimmt.

(29 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

17) TOP 9-026/22 Eigenbetrieb Wasserwerk / Gutterquelle, Erneuerung Filteranlage - Vergabe Ausbauabschnitt 2022

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Firma Hydro-Elektrik, Ravensburg wird mit dem noch ausstehenden Ausbauabschnitt in 2022 in Höhe von 291.532,86 € (brutto) beauftragt.

(29 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

18) TOP 7-014/22 Änderung der Betriebssatzungen der Eigenbetriebe der Stadt Donaueschingen und Information zur Novellierung des Eigenbetriebsrechts

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt die Informationen zur Novellierung des Eigenbetriebsrechts und der Systemumstellung bei den Eigenbetrieben zur Kenntnis.

2. Der Gemeinderat stimmt der Änderungssatzung zur Betriebssatzung des Eigenbetriebs Wasserwerk (EWDS), wie in der Anlage 5 dargestellt, zu.

3. Der Gemeinderat stimmt der Änderungssatzung zur Betriebssatzung des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung (EADS), wie in der Anlage 7 dargestellt, zu.

4. Der Gemeinderat stimmt der Änderungssatzung zur Betriebssatzung des Eigenbetriebs Breitbandversorgung (EBDS), wie in der Anlage 9 dargestellt, zu.

(29 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

19) TOP 1-034/22 Römisch-Katholische Kirchengemeinde Donaueschingen - Zuschussanträge

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Fraktionssprecher Milbradt erfragt in Anbetracht der anstehenden Haushaltsberatungen ob Verträge und Verpflichtungen mit Glaubensgemeinschaften bestehen. Zudem gelte es zu bedenken, dass ein Rechtsstreit mit dem Bistum Freiburg anhängig ist.

Amtsleiter Biehler gibt bekannt, dass es keine Rechtspflicht oder Vertragsgestaltung zu den beantragten Zuschüssen gibt. Die Unterhaltung von Kirchturmuhren ist mitzutragen. Hier werden die Kosten zur Hälfte geteilt. Verträge mit anderen Glaubensgemeinschaften sind ihm nicht bekannt. Er kann es aber nicht zu 100 % ausschließen.

Beschluss:

1. Der Gewährung eines Zuschusses für die Außensanierung der Kirche St. Vitus Aufen in Höhe von 10 % der Sanierungskosten, maximal 5.380 € abzüglich Baubeitrag wird ohne Anerkennung einer Rechtspflicht zugestimmt.
2. Der Gewährung eines Zuschusses für die Innensanierung der Kirche St. Vitus Aufen in Höhe von 5 % der Sanierungskosten, maximal 6.015 € abzüglich Baubeitrag wird ohne Anerkennung einer Rechtspflicht zugestimmt.
3. Für die Sanierung der Ausstattung sowie der Kunstwerke in der Kirche St. Vitus Aufen wird von der Stadt Donaueschingen kein Zuschuss gewährt.
4. Für die Errichtung eines barrierefreien Zugangs zur Kirche St. Kilian in Wolterdingen wird von der Stadt Donaueschingen kein Zuschuss gewährt.
5. Der Gewährung eines Zuschusses für die Außensanierung der Kirche St. Kilian Wolterdingen in Höhen von 10 % der Sanierungskosten, maximal 2.650 € abzüglich Baubeitrag wird ohne Anerkennung einer Rechtspflicht zugestimmt.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, in den Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2023 die Beträge der Beschlüsse aus Ziffer 1, 2 und 5 als städtischen Zuschuss zu den geplanten Sanierungsmaßnahmen einzustellen.

(18 Ja, 7 Nein, 4 Enthaltungen)

20) TOP 1-032/22 Wiederaufnahme der Beratungen zum Verkehrskonzept

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Antrag zur Kenntnis und empfiehlt die weitere Beratung im Mobilitätsausschuss.

21) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Gestattungsvertrag

Oberbürgermeister Pauly gibt bekannt, dass der Gestattungsvertrag mit der Energiedienst AG durch das Regierungspräsidium Freiburg gebilligt wurde.

Information zu Kommunalpetitionen

Der Gemeinderat wünscht in regelmäßigen Abständen über eingegangene und durch die Verwaltung entschiedene Kommunalpetitionen unterrichtet zu werden. Im vergangenen Jahr sind formal keine Kommunalpetitionen eingegangen.

Sachstand Konversion

Die Information zum Sachstand „Konversion“ war angekündigt und wird vertagt.

22) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Stadtrat Kuttruff wünscht in einer folgenden Sitzung Informationen bezüglich Krisenprävention bei einem möglichen Blackout.

Stadträtin Wiemer bittet, zukünftige Sitzungen im Seminarbereich abzuhalten. Bei der Planung der Tagesordnung bevorstehender Sitzungen solle der Umfang und Zeitbedarf berücksichtigt werden und gegebenenfalls auf zwei Termine verteilt werden.

Oberbürgermeister Pauly macht darauf aufmerksam, die Ausschuss-Sitzungen finden zukünftig im Seminarbereich statt. In Abhängigkeit der Inzidenzen ist es auch möglich, im Seminarbereich zu tagen.

Die Sitzungsplanung erfolgt bereits im Herbst des Vorjahres. Der Wunsch werde berücksichtigt.

Auf Rückfrage von Fraktionssprecher Blaurock gibt Oberbürgermeister Pauly bekannt, für ein Bürgerbegehren wurden Unterschriften eingereicht. Es sei jedoch bis dato nicht die erforderliche Anzahl an Unterschriften von 7 % der Bürger erreicht. Auf diesen Hinweis per Email an die Antragsteller sein bisher keine Rückmeldung eingegangen.

Amtsleiter Biehler ergänzt, die Kontaktpersonen sind informiert. Die Frist läuft erst mit Abgabe einer Erklärung, dass die Unterschriftensammlung abgeschlossen ist. Da diese fehlt, kann die Unterschriftensammlung weiterverfolgt werden.